Vorabend-Blatt

65. Jahrgang. № 290. Donnerstag, 23. Juni 1921.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Bezugs-Gebühr in Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Zutragung, durch die Post bei täglich zweimaligem Versand monatlich 6,50 M., vierteljährlich 19,50 M.
Anzeigen-Preise. Die 1spaltige 37 mm breite Zeile 2 M. Auf Familienanzeigen, Anzeigen unter Stellen- u. Wohnungsmarkt, 1spaltige An- u. Verkäufe 25%. Vorzugsplätze laut Tarif. Auswärt. Aufträge geg. Vorausbezahl. Einzelpreis d. Vorabendblattes 20 Pf.

Drahtanschrift: Nachrichten Dresden.
Fernsprecher-Sammelnummer 25241.
Nur für Nachtgespräche: 20011.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle: Marienstraße 38/40.
Druck u. Verlag von Liepsch & Reichardt in Dresden.
Postscheck-Konto 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.") zulässig. — Unverlangte Schriftstücke werden nicht aufbewahrt.

Eine französische Note über Oberschlesien.

Abweisung der deutschen Beschwerden.

Berlin, 22. Juni. Die französische Regierung hat dem deutschen Botschafter in Paris auf die deutsche Note vom 16. Juni über die Zustände in Oberschlesien folgende Antwortnote übergeben:

Herr Botschafter! Sie haben mir durch Ihr Schreiben vom 16. Juni den Wortlaut einer Protestnote der deutschen Regierung wegen der Ereignisse in Oberschlesien übermittelt. Dieses Schriftstück ist eine Darstellung, gegen die ich Einspruch zu erheben verpflichtet bin. Die französische Regierung erkennt keineswegs die Ausschreitungen, deren sich die polnischen Insurgenten schuldig gemacht haben, an. Sie hat diese von Anfang an verurteilt.

Aber sie kann deshalb das Bild, das Sie von der Lage entwerfen, nicht als zutreffend anerkennen. Die Interalliierte Kommission hat unaufhörlich die größten Anstrengungen gemacht, um die Achtung vor Leben und Eigentum zu gewährleisten, und ihre Bemühungen sind sehr oft von Erfolg gekrönt worden. (?) Die alliierten Regierungen haben Schritte unternommen, um die Freilassung der Geiseln zu erwirken, deren Namen ihnen mitgeteilt worden sind. Und die polnische Regierung hat dem Aufstand keineswegs die Unterstützung zuteil werden lassen, die Sie brandmarken. (?)

Wenn im übrigen die deutsche Regierung glaubt, eine Reihe von Beschwerden vorbringen zu sollen, muß sie diese an die Interalliierte Kommission richten. Diese trifft in ihrer Gesamtheit ihre Entscheidungen, und ich sehe mich meinerseits nicht in der Lage, Kritiken anzunehmen, die darauf hinzielen, den Präsidenten der Kommission allein verantwortlich zu machen.

Ueberdies wäre die Lage heute anders und die Ordnung in Oberschlesien wäre bereits wieder hergestellt, wenn die deutschen Selbstschutzorganisationen nicht eine Haltung eingenommen hätten, die in gleicher Weise wie der polnische Aufstand eine Herausforderung der Kommission darstellen. In demselben Augenblick, in dem die polnischen Insurgenten durch Tatsachen ihre Bereitwilligkeit erwiesen, sich den Befehlen der Kommission zu unterwerfen, und in dem Augenblick, in dem sie begannen, sich zurückzuziehen und die Waffen niederzulegen, besteht die Gefahr, daß durch das Verhalten des Generals Hoefer und der Führer der deutschen Parteien in Oberschlesien die bereits erzielten Ergebnisse auf das Spiel gesetzt werden.

Es kommt im gegenwärtigen Augenblick nicht darauf an, die eine oder andere Ausschreitung aus der Vergangenheit ans Licht zu ziehen, sondern es handelt sich darum, durch Taten die Autorität der Kommission wiederherzustellen. General Höfer verbannt durch seine Haltung diese Autorität. Die deutsche Regierung verfügt über hinreichende Machtmittel, um ihn zu der Einsicht zu bewegen, daß allein völliger Gehorsam gegenüber den Anordnungen der Interalliierten Behörden die Wiederherstellung der gesetzlichen Ordnung beschleunigen kann, deren Sicherstellung den deutschen Selbstschutzorganisationen angeblich am Herzen liegt. Es ist wahr, daß die deutsche Regierung zu verschiedenen Malen die Versicherung abgegeben hat, dem General Höfer Zurückhaltung angeraten zu haben. Aber im gegenwärtigen Augenblick handelt es sich nicht um Zurückhaltung, sondern

es handelt sich um Unterwerfung.

Allein durch Unterwerfung aller unter die Interalliierten Behörden kann Ruhe in Oberschlesien wiederkehren. Die französische Regierung würde glücklich sein, zu erfahren, daß sich alle Bemühungen in diesem Sinne bewegen. (W. T. B.)

Neue Drohungen Korfantys.

Beuthen, 22. Juni. Wie der „Oberschlesische Wegweiser", das Blatt Korfantys berichtet, enthält die Note, die die oberschlesische Delegation unter Führung Rakowskys vor einer Woche in Paris abgegeben hat, die Ziele Korfantys, erklärt den Ausbruch des oberschlesischen Generalstreiks, gibt ein Bild der Zusammensetzung der Aufständischen und schließt mit der Drohung, daß, wenn die Deutschen die Insurgentenfront durchbrechen würden, die oberschlesische Industrie von der Arbeiterschaft zerstört werde. (W. T. B.)

Die oberschlesische Frage im Kabinett.

Berlin, 22. Juni. Die gestrige Kabinettsberatung über die oberschlesische Frage ist zu dem Beschluß gekommen, im Einverständnis mit den Reichstagsparteien die Beantwortung der oberschlesischen Interpellation durch Minister Rosen um mehrere Tage aufzuschieben. In der Kabinettsberatung sollen auch die möglichen Konsequenzen erwogene worden sein, die sich im Falle einer ungünstigen oberschlesischen Entscheidung des Obersten Rates für das Kabinett Wirth ergeben könnten. Man ist zu dem Schluß gekommen, die Rede Rosens zu vertagen und eine neue Regierungserklärung über Oberschlesien vorläufig zu unterlassen, weil nach den letzten vorliegenden Auslandsnachrichten es ziemlich fest stehe, daß noch keinerlei Vereinbarungen zwischen England und Frankreich zuungunsten Deutschlands zustande gekommen seien und weil durch neue Vorschläge des Generals Hoefer von General Hennecker vielleicht eine neue Verhandlungsbasis gefunden werde, die zur Säuberung Oberschlesiens führen könnte, so daß es rätlicher sei, zunächst noch ein Stück der nächsten Entwicklung überblicken zu können.

Der Vormarsch der englischen Truppen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Rotterdam, 22. Juni. Die „Morning Post" meldet aus Oppeln: Montag sind Engländer in Mariahütte und Nikolai einmarschiert. An der Wiederherstellung der Bahn- und Postlinien wird seit Sonnabend gearbeitet.

Stärkeres Auftreten polnischer Truppen.

Breslau, 22. Juni. Nach einer Nachricht aus Ratibor sind die um Nandem liegenden Dörfer stark mit polnischen regulären Truppen belegt. Die Polen haben dort die Jahrgänge 1888 bis 1902 gewaltsam eingezogen. In Rybnik liegen 800 Mann regulärer polnischer Regimenter. Auch in Rybnik und Umgegend finden gewaltsame Aushebungen zum Militär statt.

Polnische Verhandlungen mit deutschen Großindustriellen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

London, 22. Juni. Nach einer Reutermeldung aus Warschau hat eine Konferenz der oberschlesischen deutschen Großindustriellen stattgefunden, die auf Einladung der polnischen Insurgenten zusammentrat. Die Konferenz soll bezwecken, die Mittel zu schaffen, durch die das Wirtschaftsleben Oberschlesiens wieder in Gang gebracht werden kann. Die Konferenz sprach sich für eine rasche Beendigung der Feindseligkeiten zwischen Deutschland und den Insurgenten aus. Reuter stellt fest, daß die Besprechungen vom Geiste der Versöhnlichkeit getragen waren.

Neue Deutschenhetze in Bromberg.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Danzig, 22. Juni. Wie wir erfahren, ist es gestern in Bromberg zu schweren Ausschreitungen gegen die dort ansässigen Deutschen gekommen. Es sind zahlreiche Läden geplündert worden. Deutsche Bürger sollen schwer mißhandelt, verwundet und beraubt worden sein. Ferner sollen zahlreiche Verhaftungen vorgenommen worden sein. Zeitungen gelangen nicht über die Grenze. Auch die deutschen Danziger Zeitungen wurden in den letzten Tagen in Polen beschlagnahmt.

Deutscher Protest gegen die Erdrosselung des Luftschiffbaues.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Berlin, 22. Juni. Gegen die von der Entente geforderte Ablieferung von vorläufig 25 Prozent des deutschen Luftschiffbaues hat der deutsche Botschafter in Paris dem Alliiertenrat eine Note Deutschlands überreicht, in der die Reichsregierung gegen die Verfügung der Botschafterkonferenz als im Versailler Vertrag nicht vorgesehene und deshalb ungesetzliche Zwangsmaßnahme Einspruch erhebt und die Aufhebung der Beschlagnahme verlangt.

Stimmungen in der englischen Arbeiterschaft.

London, 22. Juni. Auf der Jahreskonferenz der Arbeiterpartei in Brighton griff der Vorsitzende Cameron den Minister Lloyd George heftig an, indem er u. a. sagte: Die Politik der Koalitionsregierung bedeute Chaos und wirtschaftlichen Ruin. Im Handel stehe es schlechter als je. Ein großer Teil der gegenwärtigen Arbeitslosigkeit sei darauf zurückzuführen, daß die alliierten Regierungen sich verschworen hätten, einen Wirtschaftskrieg zu führen, der möglichst wirksam die Mittelmächte dauernd zu Krüppeln mache. Die Bedingungen des Friedensvertrages seien Deutschland auferlegt worden mit verhängnisvollen Folgen für die wirtschaftliche Lage der Arbeiter Englands und aller Länder der Welt. Auf derselben Konferenz kündigte der Sekretär des Verbandes der Bergarbeiter Hodges an, daß sich die Bergarbeiter vielleicht den „unvermeidlichen Mächten", die sie umgeben, beugen müßten. Die Bergarbeiter würden aber nicht eher ruhen, als bis sie die Regierung zu Fall gebracht und politisch das erreicht hätten, was sie wirtschaftlich nicht hätten erreichen können.

Loucheur und die Naturallieferungen.

(Eigner Drahtbericht der „Dresdn. Nachrichten".)

Paris, 22. Juni. Zu dem vor einigen Tagen erfolgten Dementi Loucheurs, daß er keinerlei Aufträge für Naturallieferungen an Deutschland erteilt habe, erklärt heute „Oeuvre": Diese offizielle Note dürfe nur in dem Sinne ausgelegt werden, daß Loucheur persönlich keinerlei Bestellungen für Rechnung des Ministeriums der befreiten Gebiete gemacht habe. Die in der Note des Garantiekomitees mitgeteilte Tatsache, daß zwischen dem deutschen Vertreter und den Mitgliedern des Komitees in Berlin Verhandlungen über die Naturallieferungen stattfinden, zeigen, daß die Verhandlungen über diese Lieferungen trotz des Dementis von Loucheur fortgesetzt werden.

Der Kyffhäuserbund an den Kaiser.

Das Telegramm, das am Sonntag von dem Kyffhäuserfest an den Kaiser abgesandt wurde, hat folgenden Wortlaut:

Ew. Majestät ermahnten bei der Einweihungsfeier des Kyffhäuserdenkmals die deutschen Kriegervereine, Ehre und Wohlfahrt stets höher zu stellen als alles irdische Gut. Ehrlich und treu sind wir dem gefolgt. Am Fuße unseres Denkmals geloben heute 20000 Vertreter aller Kriegervereine, ihr ganzes Können auch in Zukunft dafür einzusetzen.

Der Vorstand des Kyffhäuserbundes:
v. Hindenburg, Ehrenpräsident,
z. Heeringen, Präsident.

Neue Zwischenfälle im Hölz-Prozeß.

Drahtmeldung unsrer Berliner Schriftleitung

Berlin, 22. Juni. Zu Beginn der heutigen Sitzung im Hölz-Prozeß stellte die Verteidigung den Antrag, mehrere ärztliche Sachverständige darüber zu laden, daß der Gutsbesitzer Heß nur durch Gewehrschüsse, nicht durch Pistolenschüsse getötet worden ist. Ferner den Kriminal-Inspektor Dr. Kopp über die Wertung der Aussagen der Frau Heß zu vernehmen.

Die beiden aus Magdeburg telegraphisch geladenen

Sipo-Beamten,

die ebenfalls in die Gefangenschaft der Hölz-Bande geraten waren, bestätigen im allgemeinen die Angaben ihrer bereits vernommenen Kameraden und schildern ihre Erlebnisse während der Gefangenschaft. Insbesondere berichten sie über die schweren Mißhandlungen, die sie zu erdulden hatten. — Angeklagter Hölz: Ich wußte, als vorgestern beschlossen wurde, eine eintägige Verhandlungspause eintreten zu lassen, daß die Zeugen sich untereinander verständigen würden, damit sie sich nicht heute gegenseitig belasten. — Vorsitzender: Die eintägige Verhandlungspause wurde auf Wunsch des Verteidigers gemacht.

Es folgt nun die Beratung über den Antrag der Verteidigung. Nach deren Abschluß verkündigt der Vorsitzende, daß der Antrag, den Kriminalinspektor Kopp als Sachverständigen über die Zeugenaussagen der Frau Heß zu vernehmen, abgelehnt wurde. — Hölz: Natürlich, damit der Schwindel nicht herauskommt, Sie Blutrichter! Ihr Brüder habt ja bloß Angst! — Vorsitzender (in höchster Erregung): Wenn Sie sich nicht endlich vernünftig benehmen, lasse ich Sie fesseln!

Sie sind ein ganz unverschämter Lümmel!

Der Angeklagte Hölz (höhnisch die Hand hinhaltend): Tun Sie das! Bestellen Sie doch auch gleich einen Scharfrichter! Die Verteidiger protestieren nun gegen die Ablehnung ihres Antrages. Der Staatsanwalt bemerkt, es sei nicht angängig, daß ein Kriminalkommissar, ein Organ der Staatsanwaltschaft, als Sachverständiger vernommen werde und gewissermaßen in die Lage komme, über seinen Vorgesetzten, den Staatsanwalt, ein Urteil abzugeben.

Als das Gericht sich nun nochmals zurückziehen wollte, wurde Hölz äußerst rabiat und brüllte in den Saal: Es lebe das revolutionäre Proletariat! Vorsitzender (mit lauter Stimme, den Angeklagten noch übertönend): Halten Sie endlich den Mund! Dem bei der Anklagebank postierten Schutzpolizeibeamten wurde der Auftrag erteilt, Hölz abzuführen. Dieser wollte den sich sträubenden und schimpfenden Angeklagten nach dem Gefängnisgang im Hintergrund der Anklagebank drängen. Daraufhin sprangen die Verteidiger von ihren Sitzen auf. Einer von ihnen rief: Jetzt wird er mißhandelt! Jetzt geht es los! Mit fliegender Robe stürmten sie aufgeregt hinter dem Polizeibeamten her nach dem Gefängnis. Unter allgemeiner Aufregung wurde dann der Verhandlungssaal geräumt. Es trat eine einstündige Pause ein. Während dieser soll der Schießsachverständige, Hofbüchsenmacher Bock, geladen und dann in der Verhandlung vernommen werden.

(Bei Redaktionsschluß dauerten die Verhandlungen noch fort.)

Aufhebung des sächsischen Ausnahmezustandes.

Berlin, 22. Juni. Der Hauptausschuß des Reichstags begann heute mit den Beratungen über die Nachtragsetats für 1921. Reichstagspräsident Löbe gab Kenntnis von dem Beschluß des Aeltestenausschusses, wonach zur Erzielung einer ordnungsmäßigen Etatwirtschaft die Verhandlungen über den Nachtragsetat 1921 möglichst beschleunigt werden sollen und die Erörterung grundsätzlicher Fragen bei Durcharbeitung des Etats vorbehalten bleiben soll. Der Hauptausschuß stimmte dem im allgemeinen zu. Nur wurde von volksparteilicher Seite der Vorbehalt gemacht, daß Punkte, die für die Aufstellung der folgenden Etats der Ausführung bedürfen, eingehender behandelt werden müßten. Auf eine Anfrage wurde regierungsseitig mitgeteilt, daß die verabschiedeten Minister jetzt gemäß dem Reichsbeamtengesetz unter Anrechnung ihrer pensionsfähigen Dienstzeit die gesetzlichen Pensionsbezüge erhalten. Danach bekommt ein Minister nur dann Pension, wenn er mindestens zwei Jahre Minister gewesen ist oder zehn Jahre im Reichsdienst gestanden hat. Auf eine weitere Anfrage, ob bei der Pensionierung der Minister durchweg nach den Vorschriften des Beamtengesetzes verfahren werde oder ob in einzelnen Fällen eine andere Regelung getroffen, insbesondere die Beschäftigungszeit in anderen Berufen auf die Dienstzeit angerechnet sei, wurde entgegnet, daß mit Zustimmung des Reichsrats nach Vorschriften des Beamtengesetzes eine anderweite Beschäftigungszeit angerechnet werde. Ferner wurde auf Anfrage erklärt, es sei das Bestreben des Reichspräsidenten und des Reichskanzlers, die Aufhebung der Ausnahmegerichte möglichst zu beschleunigen. Was den Ausnahmezustand anbetreffe, so sei eine bezügliche Verordnung für Sachsen soeben vom Reichspräsidenten gegengezeichnet worden und wird jetzt veröffentlicht. Wegen des Ausnahmezustandes an anderen Stellen des Deutschen Reiches wird augenblicklich von der Regierung mit den Ländern Fühlung genommen. Verhandlungen seien im Gange. Abg. Ernst (Unabh.) machte darauf aufmerksam, daß von der Aufhebung des Belagerungszustandes nur ein Teil von Sachsen, nicht aber ganz Sachsen betroffen werde.

Das englische Königspaar in Irland.

London, 22. Juni. Bei der Abreise des britischen Königspaares nach Irland sang eine riesige Menschenmenge auf dem Bahnhofe die Nationalhymne und rief dem Königspaar glückliche Reise zu. In Belfast sind von Militär und Polizei ganz außerordentliche Schutzmaßnahmen getroffen worden. (W. T. B.)

SLUB
Wir führen Wissen.